

**Schriftliche Stellungnahmen der  
Sachverständigen zur Öffentlichen  
Anhörung: „Bürokratieabbau - Bewertung  
institutioneller und konkreter Maßnahmen“  
am 29. Mai 2006**

hier:

SV Dr. Gunter Kayser,  
Institut für Mittelstandsforschung, Bonn

**Stellungnahme des Instituts für Mittelstandsforschung Bonn an den Deutschen Bundestag - Ausschuss für Wirtschaft und Technologie - zu den Themen der Öffentlichen Anhörung am 29. Mai 2006**

Das IfM Bonn begrüßt den Entwurf eines Ersten Gesetzes zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere in der mittelständischen Wirtschaft - Drucksache 16/1407 vom 09.05.2006, weist aber darauf hin, dass über die Entlastungswirkungen dieses Gesetzes für den Mittelstand keine Voraussagen getroffen und Ergebnisanalysen erst nach Inkrafttreten durchgeführt werden können. Es hätte einer vorausgehenden Belastungsmessung und anschließend einer auf Grundlage ihrer Ergebnisse durchgeführten Definition von Änderungsmaßnahmen bedurft, um sicher zu stellen, dass von den beabsichtigten Maßnahmen die erhoffte, entlastende, Wirkung ausgeht.

Der Antrag (Drucksache 16/1167), Statistikpflichten zurückführen, ist berechtigt, allerdings ist darauf hinzuweisen, dass der Bereich Statistik an der gesamten Bürokratiebelastung eher von nachrangiger Bedeutung ist.<sup>1</sup>

Wie die Erfahrungen mit ähnlichen Maßnahmen in der vorausgegangenen Legislaturperiode belegen, werden punktuelle Erleichterungen vom Mittelstand insgesamt aber nicht als Bürokratieabbau wahrgenommen.

---

<sup>1</sup> Vgl. IfM Bonn 2003. Auf die Arbeiten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Berlin „Die Bedeutung der Belastung der Wirtschaft durch amtliche Statistiken“ sei verwiesen.

Deshalb begrüßt das Institut für Mittelstandsforschung Bonn den Antrag 16/472 sowie den Entwurf eines Gesetzes zur Einsetzung eines Nationalen Normkontrollrates (16/1406).

Das IfM Bonn hat mehrfach darauf hingewiesen, dass am Anfang jeder Gesamtoffensive zur Verringerung der Bürokratiekosten die exakte, objektive Messung (im Gegensatz zur subjektiven Messung) *aller* bürokratischen Kosten stehen muss. Hierzu ist es sinnvoll, sich zunächst nur auf die sog. Informationspflichten zu konzentrieren. Durch diese sog. Null-Messung werden im Ergebnis all diejenigen Prozesse identifiziert, die für die (mittelständische) Wirtschaft die höchsten Belastungen hervorrufen und damit für den Bürokratieabbau das höchste Entlastungspotenzial versprechen. Nur diese Vorgehensweise gewährleistet einen effektiven und systematischen Bürokratieabbau.

Das vom IfM Bonn entwickelte Stoppuhrmodell ist hervorragend in das SKM-Modell nach niederländischem Vorbild integrierbar, da beide Modelle auf dem gleichen Ansatz beruhen. Zunächst wird die Zeit bzw. die Kosten ermittelt, die ein Unternehmen zur Erfüllung einer rechtlichen Vorgabe aufwenden müssen. Anschließend wird die Häufigkeit ermittelt, mit der der untersuchte Prozess im Unternehmen und in der Volkswirtschaft auftritt.

Bei der Ermittlung der Häufigkeit gibt es zwischen dem niederländischen SKM-Modell und dem Stoppuhrmodell keine Unterschiede.

Bei der Ermittlung der Zeit/Kosten je Prozesse sind auch innerhalb des SKM-Modells verschiedene Wege vorgesehen. Insbesondere für Prozesse, die sehr häufig in einer Volkswirtschaft auftreten (z.B. Umsatzsteuervoranmeldung) müssen die ermittelten Zeiten/Kosten sehr genau gemessen werden, da reine (Experten-)Schätzungen in diesen Fällen zu einer nicht mehr tolerierbaren Ungenauigkeit führen könnten.

Das IfM Bonn hat in Zusammenarbeit mit REFAConsult ein standardisiertes Messverfahren (Stoppuhrmodell) im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie entwickelt, das es möglich macht, bürokratisch bedingte Transaktionen in den Unternehmen, detailliert zerlegt nach Arbeitsabläufen, personellen Zuständigkeiten, Häufigkeit des Auftretens, EDV-Unterstützung bei der Durchführung und natürlich auch unter Berücksichtigung der Unternehmensgröße zu messen. Die in einigen wenigen Unternehmen durch Messung ermittelten, anlassspezifischen Kosten hat das IfM Bonn auf Grund seiner sektoral und nach Größenklassen aufbereiteten, gesamtwirtschaftlichen Datenbestände auf die Volkswirtschaft hochgerechnet. Im erwähnten Gutachten<sup>2</sup> wurde der Bürokratiekostenfaktor "Meldungs- und Bescheinigungswesen", der nach den vorausgegangenen Erhebungen des IfM Bonn einen großen Teil der gesamten Belastung (46 Mrd. €) ausmacht, für 20

---

<sup>2</sup> Die Ergebnisse der Untersuchung des IfM Bonn finden Sie unter <http://www.ifm-bonn.org/index.htm?/ergebnis/166.htm>

von insgesamt 360 Meldungen und Bescheinigungen, die die Unternehmen abgeben bzw. ausstellen müssen, gemessen. Im Ergebnis zeigt sich, dass allein die zwanzig gemessenen Meldungen und Bescheinigungen den Unternehmen Gesamtkosten in Höhe von knapp 2 Mrd. € verursachen. Durch verschiedene Maßnahmen wie z.B. Verringerung der Periodizitäten, Vereinheitlichung und Verschlankung von Formularen, Reduktion der Anzahl der Melde- und Bescheinigungspflichten könnte aus Sicht des IfM Bonn für diesen Bereich sehr schnell eine Entlastung der Wirtschaft von Bürokratiekosten um mindestens 15 % erreicht werden. Die einzige Voraussetzung wäre, dass auch die noch nicht gemessenen Meldungen und Bescheinigungen z.T. geschätzt, z.T. noch gemessen werden. Der zur Durchführung dieser Arbeiten benötigte Zeitbedarf liegt bei sechs Monaten. Nach Vorlage der Ergebnisse könnte mit der konkreten Umsetzungsarbeit begonnen werden, von der ein substanzieller Abbau der Bürokratiekosten zu erwarten ist.